

Brief aus Berlin

Markus Koob - Ihr Bundestagsabgeordneter für Hochtaunus/Oberlahn informiert...

Juli 2014

Im Dienst aller Generationen!

Liebe Bürgerinnen und Bürger,

hinter uns liegt ein arbeitsintensiver Monat, in dem in unterschiedlichen Politikbereichen wegweisende und zukunftsfähige Entscheidungen getroffen worden sind. Wir haben unsere Haushaltsberatungen zum Haushalt 2014 erfolgreich abgeschlossen – mit einer Nettoneuverschuldung von 6,5 Milliarden Euro verzeichnen wir den geringsten Wert seit 40 Jahren.

Dieser Haushalt ist mit seiner strukturellen Ausgeglichenheit (also bereinigt um Konjunktur- und Einmaleffekte) eine bedeutende Etappe auf dem Weg zur „schwarzen Null“, nämlich einem Haushalt ohne neue Schulden. Ein zentraler Beitrag zur Generationengerechtigkeit!

Generationengerechtigkeit ist uns ein Herzensanliegen – das zeigen uns auch die Beschlüsse zur Mütterrente, die den Müttern, die ihre Kinder vor 1992 geboren haben, eine verbesserte Anrechnung ihrer Erziehungsleistung in der Rentenversicherung ermöglichen.



Diese Regelung ist zum 1. Juli in Kraft getreten und hilft vor allem den Müttern, die nicht auf ein umfangreiches Kinderbetreuungsnetz zurückgreifen konnten und oftmals zugunsten der Kinder sowie der Familie ihre Karriereaufbahnen ausgesetzt haben.

Den Bürgerinnen und Bürgern, insbesondere den Lehrerinnen und Lehrern, Schülerinnen und Schülern sowie den Eltern, wünsche ich einen guten, erholsamen, sonnigen und entspannten Sommer!

Herzliche Grüße,

Ihr

Markus Koob



Blick auf die aktuellen politischen Themen

Lebensversicherungsreformgesetz • EEG-Novelle • Jugend trainiert für Olympia • BAföG-Reform • Litauens Euroraum-Beitritt • Lage im Irak

Lebensversicherungsreformgesetz (LVRG):

Die wichtigsten Antworten auf die Fragen rund um das neue Gesetz

Lebensversicherungen haben sich über viele Jahrzehnte als ein wichtiges und beliebtes Instrument zur Altersvorsorge bewährt. Wegen der niedrigen Zinsen wird es für sie allerdings immer schwerer, ausreichende Kapitalerträge für ihre Kunden zu erwirtschaften. Mit dem verabschiedeten Gesetz zur Reform der Lebensversicherungen soll sichergestellt werden, dass alle Versicherungsnehmer die ihnen zugesagten Leistungen aus Lebensversicherungsverträgen erhalten.

Zentraler Inhalt des neuen Gesetzes?

Alle an einer Versicherung Beteiligten – also Versicherer, Aktionäre und Kunden – sollen einen Beitrag dazu leisten, dass Lebensversicherungen weiterhin eine solide Finanzgrundlage haben. Die zentralen Punkte des Gesetzes sind folgende:

- Bewertungsreserven von Staatsanleihen dürfen zukünftig nur dann ausgeschüttet werden, wenn sichergestellt ist, dass auch die Ansprüche derjenigen Versicherten erfüllt werden können, deren Verträge später fällig werden.
- Kunden sollen in Zukunft stärker von Risikoüberschüssen der Lebensversicherer profitieren. Diese ergeben sich, wenn die Versicherer vorsichtig kalkulieren und daraus einen Gewinn erzielen.
- Versicherungsunternehmen sollen zu mehr Transparenz und zu Kostensenkungen im Vertrieb verpflichtet werden.
- Besteht die Gefahr, dass den Versicherten der garantierte Zinssatz nicht ausbezahlt werden kann, sollen die Aktionäre des Lebensversicherers auf Ausschüttungen verzichten.

Warum ist die Neuregelung gerecht?

Es ist Aufgabe der Politik, einen fairen Interessenausgleich zwischen allen Versicherten herbeizuführen. Bei den schwankenden Bewertungsreserven wird diese Notwendigkeit besonders deutlich. Im

Gegensatz zu Aktien oder Immobilien, die in ihrem Wert dauerhaft steigen können, sind Bewertungsreserven auf Anleihen lediglich zeitlich begrenzte Buchgewinne. Eine Anleihe ist in der Regel am Tage der Fälligkeit wieder genauso viel wert wie am Tage ihrer Ausgabe.

Bewertungsreserven aus festverzinslichen Anlagen sind derzeit nur deshalb so hoch, weil wir uns in einer Niedrigzinsphase befinden. Es wäre daher ungerecht, wenn Kunden mit jetzt auslaufenden Verträgen von diesen Buchgewinnen profitierten und Inhaber später fällig werdender Verträge den Kürzeren zögen.

Was bedeuten die beschlossenen Änderungen konkret für meine Lebensversicherung?

Bei bestehenden Verträgen ändert sich nichts an dem von der Versicherung garantierten Zins. Änderungen können sich allerdings bei den sogenannten Überschussbeteiligungen ergeben.

Die Neuregelung verpflichtet die Versicherungen, in Zukunft einen höheren Anteil als bisher an den Risikoüberschüssen auszahlend. Außerdem werden etwaige hohe Bewertungsreserven bei Staatsanleihen – aus den genannten Gründen – nur insoweit ausgezahlt, als die Ansprüche der verbleibenden Versicherungskunden nicht gefährdet werden.

Ziel muss es sein, die Lebensversicherung als Kapitalanlage am Leben zu erhalten – nicht für die Versicherungswirtschaft sondern für die Versicherten. Meiner Ansicht nach ist das Gesetz eine notwendige und vor allem ausgewogene Reaktion auf die derzeitige Niedrigzinsphase in Deutschland und der EU.

EEG-Novelle:

Ein geordneter Ausbau erneuerbarer Energien

Das Vorhaben, das Erneuerbare Energien Gesetz zu reformieren, wurde umgesetzt: die fünfte Novelle des EEG wurde am 27. Juni 2014 vom Bundestag verabschiedet. Mit einem Anteil von derzeit rund 25 Prozent an der Stromerzeugung ist Strom aus erneuerbaren Energien schon heute kein Nischenprodukt mehr, sondern ein bedeutsamer Teil der Stromversorgung. Mit der Novelle wird die Förderung von Wind, Sonne und Biomasse aber in vernünftigeren Bahnen gelenkt. Die neuen Regeln nutzen Verbrauchern und Unternehmen. Ziel ist es, einen geordneten Ausbau der erneuerbaren Energien in den nächsten



Bild: Harald Walter

Jahren zu gewährleisten, die Kosteneffizienz und die Wirtschaftlichkeit des Fördersystems zu erhöhen sowie Wettbewerbsfähigkeit und Arbeitsplätze in der energieintensiven Industrie auch zukünftig zu sichern.

Erstmals ist es gelungen, Mechanismen in das Gesetz einzubauen, die einen weiteren Anstieg der EEG-Umlagen bremsen werden. Es ist nicht allein Aufgabe der privaten Stromverbraucher die EEG-Umlage zu finanzieren. Künftig werden daher Unternehmen noch mehr an der Förderung der erneuerbaren Energien beteiligt. Das Hauptgewicht beim Zubau wird ferner auf die Windenergie an Land und die

Photovoltaik gelegt, unsere aktuell günstigsten erneuerbaren Technologien. So wird künftig der Eigenverbrauch für neue Eigenstromerzeugungsanlagen mit einem Teil der EEG-Umlage belastet. Damit soll die Flucht aus dem Fremdstrombezug zu Lasten der Allgemeinheit verhindert werden. Eine Sonnensteuer wird dagegen nicht eingeführt. Neue Photovoltaik-Anlagen bis zu einer Größe von 10 Kilowatt (d.h. Anlagen auf Ein- und Zweifamilienhäusern) bleiben auch weiterhin von der EEG-Umlage vollständig befreit. Größere neue Anlagen werden allerdings in Zukunft zum Teil an den Kosten der EEG-Umlage beteiligt. Im Gegenzug wurden aber die Vergütungssätze im EEG für

die entsprechende Anlagengruppe erhöht, so dass die Wirtschaftlichkeit dieser Anlagen auch bei einer EEG-Umlage auf den Eigenstromanteil erhalten bleibt. Ein wichtiger Bestandteil der Reform ist zudem eine stärkere Eingliederung der Erneuerbaren Energien in den Energiemarkt. Wesentliche Elemente der geplanten Marktintegration sind die sofortige Einführung einer verpflichtenden Direktvermarktung und die Entwicklung eines Ausschreibungsmodells. ■

Jugend trainiert für Olympia: Finanzierung steht!

Der Haushaltsausschuss des Deutschen Bundestages hat am 5. Juni 2014 sportpolitisch wichtige Entscheidungen gefasst. Die Zukunft der beiden Schulsportwettbewerbe „Jugend trainiert für Olympia“ (JtFO) und „Jugend trainiert für Paralympics“ (JtFP) ist gesichert!

Die Fördermittel ab dem Haushaltsjahr 2015 werden wieder auf das bisherige Niveau von zusammen 700.000 Euro erhöht werden. Dabei entfallen 500.000 Euro auf JtFO und 200.000 Euro auf JtFP. Auch für

die kommenden Jahre sollen die Fördermittel mindestens auf diesem Niveau verstetigt werden. Damit besteht kein Anlass mehr zur Sorge, dass die Zukunft der Schulsportwettbewerbe gefährdet ist.

Ursprünglich hatte das Ministerium des Inneren in Zusammenarbeit mit dem Sportausschuss des Deutschen Bundestages geplant sich bei der Sportförderung auf den Spitzensport zu konzentrieren und die Schulsportförderung mit der Begründung zu beenden, dass es sich bei Schulsport um Aufgaben der Bundesländer handelt, die in Zukunft für die 700.000 Euro des Bundes selbst aufkommen sollten.

Bereits heute wird der Großteil der Finanzierung für die Schulsportwettbewerbe von den Ländern getragen. Der Bund bezuschusst lediglich die Finalwettbewerbe in Berlin mit 700.000 Euro. Alleine diese Finals kosten aber das Vierfache. Laut des Kultusministeriums Baden-Württemberg lassen sich die Gesamtkosten für „Jugend trainiert für Olympia“ und „Jugend trainiert für Paralympics“ auf 12 bis 14 Millionen Euro beziffern.

Unsere Schülerinnen und Schüler in den Landkreisen Hochtaunus und Limburg-Weilburg erweisen sich in unterschiedlichen Sportbereichen kontinuierlich als außerordentlich leistungsstark und bundesweit erfolgreich. Daher ist dies gerade für unseren Wahlkreis ein wichtiges und erfreuliches Zeichen. Seit über 40 Jahren gibt es den Schulsportwettbewerb „Jugend trainiert für Olympia“. Bislang haben sich bundesweit 25 Millionen Kinder und Jugendliche daran beteiligt. Mit jährlich 800.000 Teilnehmern ist „Jugend trainiert für Olympia“ der größte Schulsportwettbewerb der Welt. Seit 2010 ergänzt „Jugend trainiert für Paralympics“ das einmalige Konzept. ■

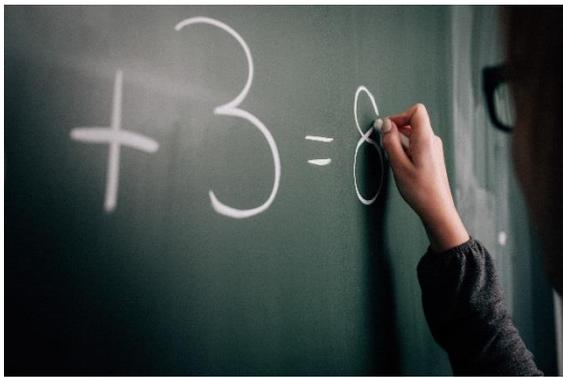


Bild: CDU Deutschlands/Markus Schwarze

Mehr Geld für Bildung: Der Bund entlastet die Län- derfinanzen um das BAföG

In den Koalitionsverhandlungen haben CDU, CSU und SPD vereinbart, von den in dieser Legislaturperiode zusätzlich eingeplanten 23 Milliarden Euro 9 Milliarden Euro, also mehr als ein Drittel, für Bildung, Wissenschaft und Forschung zu investieren. Ich freue mich, dass wir zur Frage des Einsatzes dieser Mittel nach ernsthafter und engagiert geführter Diskussion zu einem sehr guten Ergebnis gekommen sind.

Der Bund übernimmt ab dem 1. Januar 2015 die Finanzierung des BAföG für Schüler und Studierende zu 100 Prozent. Bisher hatten die Länder noch 35 Prozent der Kosten getragen. Pro Jahr werden die Länder dadurch dauerhaft um 1,17 Milliarden Euro entlastet. Die Länder haben zugesagt, die frei werdenden Mittel zur Finanzierung von Bildungsausgaben für Hochschulen und Schulen zu verwenden. Sie können dauerhaft die Grundfinanzierung der Hochschulen verbessern und zum Beispiel unbefristete Professorenstellen einrichten oder die Situation des wissenschaftlichen Nachwuchses verbessern. Die Prioritäten setzen sie selbst.

Fest vereinbart haben wir auch eine strukturelle und substanzielle BAföG-Reform zum Wintersemester 2016/17, die aus dem Bundeshaushalt finanziert wird.

Dies war und ist mir ein besonderes Anliegen, denn wir müssen das BAföG an die Lebenswirklichkeit von Studierenden, Schülerinnen und Schülern anpassen.

Nicht weniger bedeutsam ist die Einigung zu den Investitionen des Bundes in Forschung und Entwicklung. Die nun getroffene Vereinbarung sieht vor, dass die 3 Milliarden Euro des Koalitionsvertrages in vollem Umfang zusätzlich für Forschung und Entwicklung zur Verfügung stehen. Aus diesen Mitteln finanziert der Bund insbesondere außeruniversitäre Forschungseinrichtungen, den Pakt für Forschung und Innovation und die Exzellenzinitiative weiter. Den Aufwuchs für die außeruniversitäre Forschung übernimmt er dabei allein. Bund und Länder haben dabei ein gemeinsames Interesse daran, bei Neuinvestitionen auch bestehende regionale strukturelle Ungleichgewichte in der deutschen Forschungslandschaft zu verringern.

Besonders freue ich mich darüber, dass nun der Weg für die notwendige Grundgesetzänderung im Wissenschaftsbereich frei ist. Neben der Finanzierung von Forschung über die außeruniversitären Forschungseinrichtungen wird zukünftig die Möglichkeit bestehen, Hochschulen nicht nur projektformig, sondern auch langfristig mit Bundesmitteln zu fördern.

Mit diesem Aufbruch in der Hochschul- und Wissenschaftspolitik wurden entscheidende Weichenstellungen für die Zukunft unseres Landes vorgenommen. ■

Euroraum: Litauen führt 2015 den Euro ein

Nachdem bereits am 4. Juni 2014 der Währungskommissar der EU-Kommission Olli Rehn mitteilte,

dass Litauen die sogenannten EU-Konvergenzkriterien, auch Maastricht-Kriterien genannt, erfülle, am 19. Juni 2014 die EU-Finanzminister dem Beitritt Litauens zur dritten Stufe der Wirtschafts- und Währungsunion zugestimmt haben, wird Litauen zum 1. Januar 2015 als 19. Land den Euro als Landeswährung einführen. Damit ist es das siebte Land der Osterweiterung von 2004, das den Euro eingeführt haben wird. Lediglich Polen, Ungarn und Tschechien haben noch ihre eigenen Währungen.



Bild: Christiane Lang

Litauen hat durch seine verantwortungsvolle Haushaltspolitik und den Anstoß notwendiger Wirtschaftsreformen in den vergangenen Jahren die Basis für die Einführung des Euro zum 1. Januar 2015 gelegt. Laut eines Berichtes der EU-Kommission erfüllt Litauen die Bedingungen für einen Beitritt voll und ganz. Die durchschnittliche Inflationsrate des Landes lag in den zwölf Monaten bis April mit 0,6 % weit unter dem Referenzwert von 1,7 Prozent. Das jährliche Haushaltsdefizit betrug 2,1 % und der staatliche Schuldenstand 39,4 Prozent des Bruttoinlandsproduktes. Damit lagen alle Prüfwerte weit unter den in den Konvergenzkriterien geforderten. ■

Lage im Irak: **ISIS-Kämpfer rücken vor**

Die sunnitische Terrororganisation ISIS (Islamischer Staat im Irak und in Syrien) versucht in Syrien

und dem Irak seit geraumer Zeit ein grenzüberschreitendes Kalifat zu errichten, gegen den Widerstand der schiitischen Mehrheit und der Kurden im Irak. So werden wir derzeit Zeuge eines beginnenden Religionskrieges, der die gesamte Region mit unvorhersehbaren Folgen für die Weltgemeinschaft ins Chaos stürzen könnte.

Die internationale Gemeinschaft, aber besonders die Anrainerstaaten im Nahen und Mittleren Osten sind aufgerufen dabei zu helfen, dass sich die Lage vor Ort wieder stabilisieren kann und ISIS gestoppt wird. Besonders in der Verantwortung stehen dabei auch die Vereinigten Staaten von Amerika. Deutschland kann und darf in diesen Konflikt nicht militärisch eingreifen. Wir werden aber unseren Beitrag zur Stabilisierung der Region im internationalen Kontext leisten und uns dafür einsetzen, dass eine überkonfessionelle Regierung gebildet wird, damit ISIS der Nährboden ihres Agierens, nämlich die politische Unzufriedenheit der sunnitischen Bevölkerung, entzogen wird.

Voraussetzung für ein dauerhaftes Miteinander aller Nationen und Konfessionen im Nahen und Mittleren Osten ist eine politische Lösung im Irak und in Syrien. Unser Ziel ist ein Naher und Mittlerer Osten, in dem alle Nationen und Konfessionen friedlich und gleichberechtigt miteinander leben können. ■

1. Juli 2011: **Drei Jahre**

Bundesfreiwilligendienst

Am 1. Juli 2011 haben die ersten Bundesfreiwilligendienstleistende ihre Arbeit aufgenommen. Seitdem erfreut sich der Bundesfreiwilligendienst eines immensen Zuspruchs über alle Generationen hinweg und ist Ausdruck des vielfältigen bürgerschaftlichen Engagements in ganz Deutschland.

Jährlich engagieren sich über 40.000 Menschen auf den unterschiedlichsten Gebieten. Dass dies im Rahmen des Bundesfreiwilligendienstes nicht nur für junge Menschen nach der Schule, sondern auch für Menschen in mittleren Jahren und Seniorinnen und Senioren möglich ist, macht den Erfolg des Konzepts aus.

Der Bundesfreiwilligendienst ist ein Angebot an Frauen und Männer jeden Alters, sich außerhalb von Beruf und Schule für das Allgemeinwohl zu engagieren – im sozialen, ökologischen und kulturellen Bereich oder auf dem Gebiet des Sports, der Integration sowie im Zivil- und Katastrophenschutz. Aufgrund dieser verschiedenen Einsatzfelder ermöglicht der Bundesfreiwilligendienst vielen Menschen ein ihren Vorstellungen entsprechendes Engagement. Dass nicht nur junge Menschen nach der Schule, sondern auch Menschen in mittleren Jahren sowie Seniorinnen und Senioren Bundesfreiwilligendienstleistende sein können, macht den Erfolg des Konzepts aus.

Ich danke allen, die sich als Bundesfreiwilligendienstleistende einsetzen. Sie engagieren sich aus freien Stücken für die Allgemeinheit und stehen damit für das gute Miteinander in unserer Gesellschaft ein. ■

1. September 1999:

15 Jahre Deutscher Bundestag in Berlin

Am 20. Juni 1991 wurde im Deutschen Bundestag der sogenannte Hauptstadtbeschluss getroffen, der Berlin als neue Hauptstadt Deutschlands festschrieb. Damit war der Umzug des Deutschen Bundestages von Bonn nach Berlin vorgezeichnet. Allerdings sollten bis zum 26. April 1994 und der Verabschiedung des Berlin/Bonn-Gesetzes noch fast drei Jahre vergehen. Darin

wurden der Umzug des Bundestages, sowie der Ministerien und Behörden von Bonn nach Berlin endgültig beschlossen. Die Gesamtkosten dieses Umzuges inklusive aller Baumaßnahmen wurden bei 20 Milliarden DM gedeckelt. In 1200 Lastwagen wurden unter anderem 14.000 Stühle und 49.000 Meter Bücher und Aktenordner nach Berlin geschafft.

Am 1. Juli 1999 fand die letzte Plenarsitzung des Deutschen Bundestages im Bundeshaus in Bonn statt. Zwei Monate später, nach der parlamentarischen Sommerpause, nahm das Hohe Haus am 8. September die Arbeit im Berliner Reichstagsgebäude auf. Damit war Berlin nicht nur Hauptstadt, sondern auch Regierungssitz geworden. Bonn behielt im Zuge des Umzuges den besonderen Titel einer Bundesstadt, da in ihre zahlreiche Bundesministerien und -behörden mit ihrem Erstsitz verblieben. ■

17. Juli 1954:

60. Geburtstag

Dr. Angela Merkels

Am 17. Juli 1954 erblickte unsere Bundeskanzlerin Frau Dr. Merkel in Hamburg als Angela Dorothea Kasner das Licht der Welt. Zu diesem Zeitpunkt sollte noch niemand ahnen, welche beispiellose Karriere sie in den darauffolgenden 60 Jahren machen sollte. Sie zog vor dem Mauerbau mit ihren Eltern nach Brandenburg, wo sie aufwuchs. Sie schloss ihr Abitur mit 1,0 ab, studierte Physik und arbeitete an der Akademie der Wissenschaften der DDR.

Seit der ersten gesamtdeutschen Bundestagswahl ist sie Mitglied des Deutschen Bundestages. Sie war Familien- und Umweltministerin, CDU-Generalsekretärin (1998-2000) und seit 2000 ist sie CDU-

Bundesvorsitzende. Sie ist die erste Bundeskanzlerin Deutschlands und aktuell die am längsten amtierende Regierungschefin in der Europäischen Union.

Ihre Amtszeiten wurden geprägt von der Finanz- und Eurokrise, der Verringerung der Arbeitslosigkeit und die Festigung der Wettbewerbsfähigkeit Deutschlands in der Welt. Auch die Energiewende, eine lange nicht mehr gekannte Haushaltsdisziplin und die Einführung der Schuldenbremse fallen in ihre Amtszeit, die nach der Helmut Kohls und Konrad Adenauers bereits die drittlängste in der bundesdeutschen Geschichte ist. Alles Gute zum Geburtstag, Frau Bundeskanzlerin! ■

20. Juli 1944:

70 Jahre gescheitertes Hitler-Attentat

Es ist 12.40 Uhr des 20. Juli 1944 im Führerhauptquartier Wolfsschanze in Ostpreußen. Oberst Claus Schenk Graf von Stauffenberg verlässt das Führerhauptquartier unter einem Vorwand und lässt seine Aktentasche stehen. Es soll der letzte Anschlag auf Adolf Hitler sein, bevor dieser im April des folgenden Jahres Selbstmord begeht. Ein Sprengstoffanschlag. Wie alle vorigen schlägt auch dieser Anschlag fehl. Lediglich vier der 24 Anwesenden werden getötet. Hitler wird durch Zufall nur leicht verletzt und überlebte das Attentat.

Eine beispiellose Verhaftungswelle der Gestapo rollte durch die letzten Atemzüge des Dritten Reiches. Tausende wurden verhaftet und zum Teil ohne Prozess hingerichtet, unter ihnen Claus Schenk Graf von Stauffenberg. Andere Beteiligte wurden vor den Volksgerichtshof zum Tode verurteilt. Unter ihnen befanden sich sowohl zivile als auch militärische

Oppositionelle, unter ihnen Generäle, Offiziere, Adlige und auch Verwaltungsbeamte. ■

1. August 1914:

100 Jahre Ausbruch 1. Weltkrieg

Nachdem am 28. Juli 1914 Österreich-Ungarn Serbien den Krieg erklärte, zog Deutschland gemäß seines Bündnisses mit der k.u.k.-Monarchie gegen das russische Kaiserreich nach und erklärte diesem am 1. August 1914 den Krieg. Dies löste eine Reihe weiterer Bündnisverpflichtungen aus, so dass der regionale Konflikt zwischen Serbien und Österreich-Ungarn in einen großen Krieg und dann schließlich in den 1. Weltkrieg mündete.

Es ist 100 Jahre her, dass Nationen aus reiner Bündnistreue in den Krieg zogen. Nahezu alle europäischen Nationen tragen, wie auch Deutschland, Verantwortung für das Ausbrechen dieser Urkatastrophe des 21. Jahrhunderts. Diese Erfahrungen sind auch eine Mahnung für einen friedensbewussten und aktiven Dialog im 21. Jahrhundert. Der Beginn des 1. Weltkrieges sollte allen Nationen bei ihrer Diplomatie eine Lehre sein. ■

Praktikum in Berlin:

Alexander Jackson

Ein spannendes Gefühl war es, in die Stadt zurückzukehren, in welcher ich fünf Jahre meiner Schulzeit verbracht hatte. Das politische Berlin hatte schon damals eine große Anziehungskraft auf mich. So durfte ich als Sternsinger im Schloss Bellevue dem damaligen Bundespräsidenten Johannes Rau die Geburt des Christkinds überbringen. Auch Jürgen Trittin durfte ich einmal bei einem Tag der offenen Tür um ein Autogramm bitten. Diese Erlebnisse

haben mich von früher Jugend an schon sehr an Politik gereizt. Dies war wohl der Grund, weswegen ich mich mit fünfzehn Jahren entschloss mich politisch zu engagieren. Ich bin dann in die Junge Union eingetreten, welche für mich die politische Heimat ist.



Deswegen war mir klar, dass ich, als Student der Rechtswissenschaften, eines meiner Praktika im politischen Berlin absolvieren wollte. Was lag also näher, als meinen Wahlkreisabgeordneten zu fragen, ob er nicht mich als seinen Praktikanten aufnehmen könnte? So kam es dann auch, am 1. April – kein Scherz – begann mein Praktikum. Als ich am ersten Tag um 8:30 Uhr an der Pforte der Dorotheenstraße 101 in Empfang genommen wurde, war ich sehr aufgeregt, was mich in den nächsten vier Wochen erwarten würde.

Gleich zu Beginn wurde ich von dem außerordentlich sympathischen Büro als vollwertiger Kollege mit eigenen Aufgaben freundlichst in Empfang genommen. So durfte ich nebst Besuchen in den Arbeitsgruppen und Ausschüssen den Aufenthalt einer großen Besuchergruppe aus dem Wahlkreis Herrn Koobs organisieren. Besonders die Arbeitsgruppen- und Ausschussarbeit, Herr Koob ist Mitglied des Finanz- sowie des Familienausschusses, war sehr interessant. Zu sehen, wie die politische Arbeit und Positionierung innerhalb der Fraktion abläuft und wie dies anschließend in der Ausschusssrunde ver-

treten wird, ist hoch spannend. Diese Abläufe bleiben in der Regel selbst dem politisch Interessierten aus der Ferne verborgen.

Herr Koob ist für jugendpolitische Themen in der CDU/CSU-Fraktion verantwortlich, weswegen ich für ihn in dieser Funktion eine Übersicht der momentanen jugendpolitischen Positionen der großen Parteien erstellen durfte. Auch wenn mich dies einige Tage beschäftigt hat, ist eine so tiefgehende Auseinandersetzung mit diesem Thema sehr lehrreich.

Nicht weniger lehrreich, aber etwas abwechslungsreicher sind die vielen Abendveranstaltungen, welche vor allem in den Sitzungswochen stattfinden. Drei Termine an einem Abend sind für einen Abgeordneten wohl die Regel. An einem solchen Abend habe ich Herrn Koob begleiten dürfen. Der Abend begann mit einer Podiumsdiskussion über Jugendmedienschutz. Die zweite Veranstaltung war eine des Verbandes der Chemieindustrie und der Abend klang in der Hessischen Landesvertretung mit dem Abend des Deutschen Handwerks aus. Jede Veranstaltung mit ihrem besonderen Reiz und Fokus auf ein bestimmtes Thema. Und bei dem letzten Termin hatte ich das Glück den Staatsminister im Kanzleramt, Dr. Helge Braun, kennenzulernen. Er hat sich viel Zeit genommen für ein Gespräch über die Berliner Politik und über seine ersten Wochen im Bundeskanzleramt.

Teilweise unterirdisch war an dem Praktikum nur eines – die vielen Wege. Das ist sicherlich eines der coolsten Dinge an dem Praktikum, abseits vom politischen Geschäft. Viele der Liegenschaften des Bundestages sind unterirdisch per Tunnel oder per Brücke miteinander verbunden. Das ist echt ein ziemlich beeindruckendes Gefühl, wenn man über die Wege läuft, die der breiten Öffentlichkeit in der

Regel nicht offen stehen. Auch die Bibliothek des Deutschen Bundestages, im Marie-Elisabeth-Lüders-Haus, welche ich zeitweise zum Schreiben einer Hausarbeit nutzen durfte, ist sehr imposant.

Insgesamt habe ich in Berlin eine sehr spannende Zeit erlebt, viele nette Menschen kennengelernt und viel Neues gesehen. Ein Praktikum im Bundestagsbüro von Markus Koob kann ich uneingeschränkt empfehlen, es bietet wahnsinnig viel! ■



Wussten Sie schon, dass...

- auf dem Südostturm des Reichstagsgebäudes seit dem 9. Mai 2011 keine Deutschlandflagge mehr weht? Diese wurde nämlich auf Initiative des Parlamentspräsidenten durch eine Europaflagge ersetzt.
- an den vier Türmen des Reichstages jeweils vier Steinfiguren stehen? Diese sechzehn Figuren symbolisieren Handel und Schifffahrt, Großindustrie, Klein- und Hausindustrie, Elektrotechnik (alle am Nordwestturm), Erziehung, Unterricht, Kunst, Literatur (alle am Nordostturm), Wehrkraft zu Lande, Wehrkraft zur See, Rechtspflege, Staatskunst (alle am Südostturm), Ackerbau, Viehzucht, Weinbau, und Bierbrauerei (alle am Südwestturm).

Jugend und Parlament: **Sebastian Sommer in der Rolle eines Abgeordneten**

Am Wochenende besuchte ich unsere Bundeshauptstadt und nahm dort an dem vom Besucherdienst des Deutschen Bundestages organisierten Planspiel „Jugend und Parlament“ teil. 300 Abgeordnete des Bundestages durften einen jungen Erwachsenen aus ihrem Wahlkreis für dieses Planspiel auswählen und ich bin mehr als glücklich darüber, dass Markus Koob mir diese Möglichkeit gegeben hat. Von Samstag bis einschließlich Dienstag wurde der Alltag im Deutschen Bundestag simuliert. So war ich selbstverständlich Mitglied einer Fraktion, beriet mich mit den anderen Teilnehmern inhaltlich im Innenausschuss zum Thema Datenschutz und nahm während der Plenarsitzung auf den blauen Stühlen im Plenarsaal Platz. Ich machte dabei interessante Erfahrungen, wie Politik und Parlament funktionieren. Besonders beeindruckt war ich davon, dass wir uns wie „richtige“ Abgeordnete frei im Reichstag und den umliegenden Bürogebäuden bewegen durften und man so wirklich das Gefühl bekam ein Teil des Bundestages, zumindest für diese vier Tage, zu sein. Das gut gefüllte Programm des Planspiels enthielt auch wirklich einige Höhepunkte. So zum Beispiel war ich von der Rede des Bundestagspräsidenten Norbert Lammert begeistert, der uns junge Menschen dazu aufforderte die Politik mitzugestalten und nicht nur zuzuschauen. Dass Politik Spaß bereitet, hat das Wochenende wirklich bewiesen. Es war ein großartiges Erlebnis! ■

Impressum und Kontakt

Markus Koob MdB

Platz der Republik 1 • 11011 Berlin

Tel 030 - 227 75549 • Fax 030 - 227 76549 •

markus.koob@bundestag.de

Diese Veröffentlichung dient ausschließlich der Information. Sie darf während eines Wahlkampfes nicht zum Zweck der Wahlwerbung verwendet werden.